

Vortrag
von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
am Center for European and German Studies
der Georgetown University
am Dienstag, den 13. Februar 2007, um 17.00 Uhr
in Washington

(ca. 30 Minuten)

I.

Europa ist alt. Europa ist müde. Europa ist der Verlierer der Globalisierung. Zu derlei Eindrücken muss gelangen, wer derzeit die aktuellen politischen Bestseller liest. Und die Stimmen der Warner vor dem Abstieg werden immer lauter.

Ich greife nur ein besonders prägnantes Beispiel heraus: Der bekannte Publizist Walter Laqueur hat gerade ein Buch über die Zukunft Europas veröffentlicht, bei dem schon der Titel an Oswald Spenglers berühmte-fatalen „Untergang des Abendlands“ gemahnt. Das Buch, Sie werden es wahrscheinlich schon kennen, heißt: „Die letzten Tage von Europa“.

Laqueur sieht ein Europa voraus, das durch Überalterung und Zuwanderung unweigerlich islamisiert wird.

Er prognostiziert ein Europa, das – unfähig zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – keine Rolle mehr im globalen Konzert der Mächte spielt.

Und er entwirft ein zukünftiges Europa, das mit der Krise des Wohlfahrtsstaats auch ins technologische und ökonomische Abseits gerät.

Laqueur spricht Probleme und Gefahren an, die gar nicht zu bestreiten sind. Aber ich will gleich zu Anfang sagen, dass ich diese Vision für verfehlt halte. Ich sage mit allem

Nachdruck: Das ist nicht die Vision, die ich von Europa habe. Für Untergangsszenarien gibt es keinen Grund.

Anrede,

in wenigen Wochen feiern wir 50 Jahre Römische Verträge.

Wir blicken zurück auf fünfzig Jahre europäische Integration. Wir blicken zurück auf eine Erfolgsgeschichte, die ohne Beispiel ist. Sie hat Europa grundlegend verändert, ja sie hat die Welt verändert. Und sie geht weiter.

Europas Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, dass es in der Politik auf den Mut ankommt, etwas Neues zu wagen: Ohne die großen visionären Europäer wie Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, Alcide de Gasperi, Paul-Henri Spaak, Jean Monnet, François Mitterand oder Helmut Kohl wäre Europa niemals wie Phoenix aus der Asche auferstanden.

Viele haben nicht mehr an die Wiedervereinigung Deutschlands und an die Wiedervereinigung Europas geglaubt. Und beides kam doch.

Wenige haben eine gemeinsame Währung in Europa für möglich gehalten. Heute ist sie Wirklichkeit.

Das Zusammenwachsen Europas war die wichtigste politische Vision in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Im 21. Jahrhundert wird es die Gestaltung globaler Sicherheit sein. Denn zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist unabweisbar geworden, dass wir lernen müssen, die Welt als Einheit zu denken. Wir müssen diesen Gedanken zu einem festen Bestandteil unseres Bewusstseins, unseres Selbstverständnisses machen. Nur dann können wir die Eine Welt gestalten.

Lassen Sie mich dazu drei Überlegungen formulieren:

Die erste Überlegung lautet: Der Westen muss die Organisationsform von Politik weltweit neu gestalten. Politik muss mehr und mehr global und transnational organisiert werden. Eine neue Weltordnung bedarf einer institutionellen Verfasstheit. Europa und den Vereinigten Staaten kommt hierbei eine Vorreiterrolle zu.

Das fängt mit der Reform der Vereinten Nationen an. Die Verbindlichkeit ihrer Entscheidungen muss gestärkt werden, was nur mit einer repräsentativen Zusammensetzung möglich sein wird. Auf Dauer muss es regionale Vertretungen neben den großen Einzelstaaten geben. Europa sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen, indem es als ersten Schritt die Sicherheitsratsentscheidungen zum

Gegenstand einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik macht.

Wir müssen daran arbeiten, dass eine transnationale Rechtsordnung mehr Gewicht gewinnt. Wir haben Grund zur Zuversicht. Es gibt schon eine Fülle guter Ansätze. Sie reichen vom Internationalen Strafgerichtshof über den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag oder das Kyoto-Protokoll bis hin zur WTO, die ein gemeinsamer Erfolg von Europa und den Vereinigten Staaten war. Diese Elemente müssen wir unter dem Leitbild der Verrechtlichung weiter stärken.

Eine globale Weltordnung muss also auf regionalen Ordnungen beruhen. Die europäische Integration ist Vorbild für andere regionale Zusammenschlüsse wie MERCOSUR oder die Afrikanische Union. Oder nehmen wir den Zusammenschluss asiatischer Staaten zur ASEAN: Schon Ende dieses Jahres soll eine Charta verabschiedet werden, die die Organisation mit einem verbesserten institutionellen Rahmen auf einen Weg führen soll, der dem der europäischen Integration vergleichbar ist.

Diese Fortschritte zeigen: Das europäische Vorbild ist übertragbar. Es ist kein spezifisch europäisches Modell. Und auch der Vorwurf europäischer Überheblichkeit führt in

die Irre, denn die europäische Integration wird von anderen Staaten ausdrücklich als Vorbild anerkannt. So wie Europa es geschafft hat, eine alte nationale Ordnung zu einer supranationalen Ordnung weiter zu entwickeln, so müssen auch andere supranationale regionale Ordnungen als Basis einer neuen Weltordnung geschaffen werden.

Damit und durch mächtige Einzelstaaten wie China und Indien entsteht eine multipolare Welt, die der Balance of Power bedarf. Wer aber wüsste besser als die Europäer, dass das System der Balance of Power den Keim der Instabilität in sich trägt. Diese Instabilität liegt nicht zuletzt darin begründet, dass es einen großen Unterschied macht, ob Mächte, die über atomare Potenziale verfügen, demokratisch oder diktatorisch verfasst sind. Deshalb muss ein System gefunden werden, dass diese Instabilität langfristig in Stabilität verwandelt. Hier liegt eine der Hauptaufgaben der Vereinten Nationen.

Gleichwohl sei hier angemerkt: Wenn der Westen dabei Erfolg haben will, muss er lernen, die Welt auch mit den Augen der anderen zu sehen. Erst das macht den Westen glaubwürdig. Das ermöglicht, sein eigenes Handeln mit seinen Idealen in Einklang zu bringen.

Das bedeutet: Wenn die EU und die Vereinigten Staaten den umfassenden Nutzen eines freien und fairen Welthandels preisen, zugleich aber subventionierte Lebensmittel exportieren, die lokalen Anbietern in den Entwicklungsländern die Märkte verderben, dann ist das ein Widerspruch, der Glaubwürdigkeit untergräbt.

Dasselbe gilt für die Diskrepanz zwischen dem Eintreten für die Werte der Demokratie, das sich nur schwer damit vereinbaren lässt, mit Diktaturen zu paktieren. Solche Regime dürfen nicht mit Waffen unterstützt werden.

Es gibt ein schönes chinesisches Sprichwort, das heißt: „In vorübergehenden Vorteilen stecken oft bleibende Nachteile.“ Dies weiter gedacht, muss man folgern: Nur wenn der Westen glaubwürdig seine Ideale vertritt, kann er auch seine Rechtsordnung global durchsetzen – nicht durch Zwang, sondern durch das Vorbild demokratischer und transparenter Institutionen.

II.

Der Erhalt und die Wirkung des Europäischen Modells im Zeitalter der Globalisierung hängen von Europas Fähigkeit ab, mit einer Stimme zu sprechen und auf diese Weise in der Welt Gehör zu finden. Nur dann kann Europa ein Vorbild für andere Weltregionen sein.

Um also – so meine zweite These – ein wirksames Vorbild für die Weltordnung in der Einen Welt sein zu können, muss Europa stärker als bisher mit einer Stimme sprechen.

Es muss dazu eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln, die diesen Namen wirklich verdient. Denn die Welt steht vor dramatischen Herausforderungen, die die einzelnen Nationen nicht mehr alleine bewältigen können.

Das gilt vor allem für den Klimawandel. Die Experten der UNO zeichnen in ihrem neuen Klima-Bericht ein dramatisches Bild von unserer Zukunft. Gigantische Wirbelstürme, ein dramatischer Anstieg des Meeresspiegels und lange Dürreperioden drohen uns. Und: Die Experten machen uns Menschen verantwortlich für die globale Erwärmung.

Eine andere gewaltige Herausforderung ist die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus. Die von ihm ausgehende Gefahr ist eine besondere, weil sie schwer zu bekämpfen ist. Und sie ist besonders, weil aus ihr heraus der angegriffene Westen versucht ist, zur Abwehr Mittel einzusetzen, welche die eigenen, von den Terroristen attackierten Werte selbst preisgeben. Es entsteht damit die

Gefahr totaler Feindschaft zwischen dem Westen und der islamischen Welt. Das ist genau das, was der Hass der Terroristen erzeugen will.

Weitere Gefahren für die globale Sicherheit ergeben sich aus dem Gegensatz von Arm und Reich, Chaos und Ordnung. Armut in erreichbarer Nähe zu Reichtum, wie zwischen Afrika und Europa, löst Migrationsströme aus, die in den Herkunfts- wie in den Zielländern die Gesellschaften erschüttern können. Auch das Chaos in zerfallenden Staaten bewirkt Flüchtlingsströme und dient transnationalen Terroristen als Rückzugsraum.

Das vielleicht größte Problem für die globale Sicherheit wirft darüber hinaus das Streben nach Nuklearwaffen und Trägersystemen wie in Iran und Nordkorea auf. Das könnte zu einem in seinen Folgen unkontrollierbaren Wettlauf um Nuklearwaffen führen.

Beinahe alle diese Konflikte überschneiden sich und verwischen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit.

III.

Ich komme zu meiner dritten Überlegung. Sie betrifft das Verhältnis von Europa und den USA: Ein starkes, weil einiges Europa ist auch und vor allem im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika. Denn ein starkes Europa kann besser helfen, den gemeinsamen Gefahren zu begegnen. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Europa und Amerika verbindet eine Wertegemeinschaft. Europa und Amerika sind Partner in vielen Krisenherden der Welt.

Entscheidend ist heute, dass die transatlantischen Beziehungen eine neue Qualität bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Beziehungen zwischen Europa und Amerika neu bestimmt werden. Das heißt: Europäer und Amerikaner müssen die transatlantischen Beziehungen stärken, indem sie ihnen eine neue Form geben.

Hierbei geht es nicht um die Bildung von Gegenmacht. Es geht darum, dass Europa als Ganzes – und nicht nur die einzelnen europäischen Nationen – weltpolitischer Partner Amerikas wird. So muss Europa zu einer gemeinsamen Politik im Weltsicherheitsrat finden – nationale europäische Sitze im Sicherheitsrat sind nach meiner Überzeugung langfristig keine Lösung.

Das bedeutet im Kern: Die transatlantische Allianz muss umgestaltet werden in ein Bündnis zwischen Amerika und Europa als Einheit, in dem Europa über eigenständige Mittel verfügt. Ein solches Europa muss seinen Willen zunächst unter sich bilden, bevor es sich mit Amerika an den Tisch der NATO setzt, um einen transatlantischen Willen zu bilden. Und Europa und Amerika müssen ein neues institutionalisiertes Verfahren für gemeinsame Entscheidungen über eine gemeinsame Politik der NATO entwickeln. Das heißt, das Bündnis stärken und nicht schwächen.

Nebenbei bemerkt: Ich begrüße auch, dass sich nach dem Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Abe bei der NATO eine engere Kooperation des Bündnisses mit Japan abzeichnet. Das Gleiche gilt für Australien. Eine engere Kooperation mit beiden Ländern würde nicht nur die NATO stärken, sondern auch Europa zwingen, stärker eigene Belange als gesamteuropäische Interessen in der NATO zu vertreten.

Das zeigt einmal mehr: Die transatlantischen Beziehungen sind alles andere als eindimensional. Robert Kagans berühmte Formel, die Europäer kämen von der Venus, die Amerikaner vom Mars, führt in die Irre.

Treffender ist das Bild des mehrschichtigen Schachbretts des amerikanischen Politologen Joseph S. Nye: Auf dem einen Brett ist die militärische Macht durch die amerikanische Dominanz weitgehend unipolar. Doch auf dem anderen Brett ist die wirtschaftliche Macht multipolar. Schließlich stehen Europa und Japan zusammen mit den Vereinigten Staaten für zwei Drittel des Weltprodukts.

Europa und Amerika stehen nicht nur im Anti-Terror-Kampf gewaltige Herausforderungen bevor. Beide sind gleichermaßen betroffen vom Klimawandel.

Bereits Ende letzten Jahres hat der britische Regierungsberater Nicolas Stern vorgerechnet, welche wirtschaftlichen Kosten auf uns zukommen werden, wenn sich das globale Klima weiter so drastisch wandelt wie bisher. Daher mahnte er: „Je länger wir warten, desto teurer wird es.“

Doch Deutschland will nicht warten. Die Energie- und Klimapolitik stehen auf der Agenda der deutschen EU- und G 8-Präsidentschaft zu Recht ganz weit oben. Denn mit dem von Menschen gemachten Klimawandel dürfen wir uns ebenso wenig abfinden wie mit den energiepolitischen Problemen der letzten Jahre:

- Russland hat bereits den zweiten Winter in Folge nicht nur bei seinen Nachbarn Ukraine, Georgien und Weißrussland, sondern auch in den Staaten der Europäischen Union für Verunsicherung gesorgt.
- Der Bau der deutsch-russischen Gaspipeline durch die Ostsee hat Deutschlands Verhältnis zu Polen und den baltischen Staaten belastet.
- Der Nahe und Mittlere Osten befindet sich ohnehin in einer Dauerkrise mit immer neuen Brandherden.

Der Ruf nach einer für die Zukunft gesicherten Energieversorgung wird nicht nur in Europa immer lauter. Auch der Blickwinkel hier in Washington hat sich verschoben: Bereits in seiner letztjährigen Rede zur Lage der Nation hat Präsident Bush beklagt, die Amerikaner seien „süchtig nach Öl“. In seiner diesjährigen Rede sprach der amerikanische Präsident erstmals sogar von der „ernsthaften Herausforderung durch den globalen Klimawandel“ und kündigte an, die USA würden in den nächsten zehn Jahren ihren Benzinverbrauch um 20 Prozent senken.

Auch Europa steht in der Energie-Politik vor großen Herausforderungen. Europa muss sich als „Nachfrage-Macht“ auf dem globalen Energie-Rohstoffmarkt organisieren. Die Europäer brauchen eine gemeinsame

Energie-Außenpolitik. Denn Energiepolitik ist heute nicht mehr allein nationale Politik. Daher unterstütze ich mit Nachdruck Bundeskanzlerin Angela Merkel darin, die ehrgeizigen Ziele ihrer Agenda während der laufenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands auch in der Energiepolitik umzusetzen.

Die ökonomischen Voraussetzungen für einen solchen Beitrag sind besser denn je. Denn Europa und Amerika haben gemeinsam ein ungeheures Potenzial an Weltwirtschaftskraft. Dieses gemeinsame Potenzial muss gestärkt werden.

Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Initiative von Angela Merkel, die Wirtschaftsbeziehungen mit den USA auszubauen. Technische Standards, Energie- und Umweltfragen und allgemeine Spielregeln des Wirtschaftens müssen künftig intensiv und nachhaltig abgestimmt werden. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass wir im Westen massiv in Bildung, in Forschung und Entwicklung investieren und anderswo auf der Welt wird unser geistiges Eigentum skrupellos kopiert und damit entwertet.

Aber ich sage auch: Abstimmen heißt nicht übernehmen!
Das gilt insbesondere für die Regeln auf den

Finanzmärkten. Hier müssen Standards gesetzt und eingehalten werden. Denn die Dimensionen sind erheblich: Im ersten Halbjahr 2006 allein gab es in der Private-Equity-Branche weltweit Übernahmen in Höhe von 300 Milliarden Dollar.

Es kann nicht sein, dass in der Welt der Hedge-Fonds und der Private-Equity-Branche nichts verboten und alles erlaubt sein soll. Denn sie können ganze Volkswirtschaften unter Druck setzen. Wenn große Schuldner insolvent werden, drohen fatale Kettenreaktionen, vor denen gerade die besten Kenner der Märkte verstärkt warnen – denn die Risiken werden immer weniger kalkulierbar. Es ist deshalb gut, dass Angela Merkel die Frage internationaler Regeln bei Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften zu einem der Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft macht.

Wenn der Westen die Globalisierung erfolgreich gestalten will, bedeutet das: Europa muss amerikanischer werden – aber Amerika auch europäischer! Das geht nur über einen intensiven Dialog auf allen Ebenen: Amerika ist in Europa präsent und beteiligt sich an der öffentlichen Debatte diesseits des Atlantiks. Es verfügt über ausgezeichnete intellektuelle Einrichtungen wie die American Academy und das Aspen Institute in Berlin.

Aber auch Europa muss als solches in Amerika präsenter werden und sich stärker an der amerikanischen Debatte beteiligen. Nur auf diesem Weg kann die EU den Einfluss in den Vereinigten Staaten erlangen, den die europäischen Hauptstädte immer wieder einfordern. Die Voraussetzungen hierfür sind gut. Denn Europa hat viele Verbündete in der politisch-intellektuellen Welt der USA.

IV.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Bemerkung zur Rolle Deutschlands machen: Wie ein starkes Amerika ein starkes Europa braucht, so braucht ein starkes Europa ein starkes Deutschland. Deutschlands Einfluss in der Welt ist wesentlich größer als es Deutschlands Anteil von nur 1,4 Prozent an der Weltbevölkerung entspricht. Aber andere Akteure auf der Weltbühne sind nicht nur größer, sie werden auch immer mächtiger.

In Europa hingegen ist Deutschlands Einfluss maßgeblich. Denn Deutschland ist nicht nur das wirtschaftlich gewichtigste Land der EU. Es hat auch durch seine stabilen Institutionen eine Vorbildwirkung. Deutschland steht also in einer besonderen europäischen Verantwortung. Das gilt weit über die jetzige Ratspräsidentschaft hinaus. Deutschlands Anspruch muss es deshalb sein, eine

treibende Kraft der Einigung Europas zu bilden. Es muss wieder eine führende Rolle dabei spielen, die Vertiefung der europäischen Integration voran zu bringen. Denn umgekehrt gilt auch: Deutschland besteht in der Welt nur mit Europa. Und Europa besteht in der Welt nur mit Amerika.

Anrede,

lassen Sie uns jetzt mit neuem Elan ein neues Kapitel der transatlantischen Freundschaft schreiben.

Die Zeit drängt. Die globalen Herausforderungen drängen.

Lassen Sie uns jetzt daran arbeiten, dass die einzigartige Erfolgsgeschichte der transatlantischen Zusammenarbeit zum Vorbild einer neuen Weltordnung wird.